

Die wirtschaftliche Bedeutung eines Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland.

Der Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich bildet begreiflicherweise unausgesetzt den Gegenstand lebhafter Erörterung pro und contra. Politisch, national und kulturell dürfte es wohl kaum ein Moment geben, welches gegen den Anschluß an das Deutsche Reich spricht. Dagegen schienen wirtschaftlich mannigfache Bedenken der Lösung der alten Verbindung entgegenzustehen. Was zunächst die Abrechnung zwischen den Nationen, insbesondere die Aufteilung der Staatsschulden, anlangt, unterliegt es keinem Zweifel, daß alle Beteiligten gleichmäßig an einem ordnungsgemäßen Verlauf der Liquidation interessiert sind und daß keiner der Staaten sich der vertragsmäßigen Ordnung des Auseinandergehens entziehen kann, ohne sich selbst auf das Schwerste zu schädigen, namentlich ohne die Regulierung seiner Valuta unmöglich zu machen. Daher ist bei den Liquidationsverhandlungen jeder Teil gleich stark, daher kann nur die Gerechtigkeit das regulierende Prinzip sein. Auch das wäre keine Erschwerung des Liquidierungsprozesses, daß Deutschösterreich beim Anschluß an Deutschland von der Kronen- zur Markwährung übergehen müßte; der Teil der Bankschuld, welchen die deutschösterreichische Regierung übernimmt, würde dann eventuell in Mark umgerechnet werden; der Teil der Noten, welche als deutschösterreichische Noten übernommen werden, würden als Marknoten ausgegeben werden; das Umrechnungsverhältnis zwischen Mark und Kronen wäre eine interne Frage zwischen Deutschland und Deutschösterreich. Wobei sich dann noch die Möglichkeit ergibt, daß das Deutsche Reich die Schuld an die Notenbank, beziehungsweise an die Reichsbank übernimmt.

Stärker sind die Bedenken, die sich gegen die Vertauschung des bisherigen Absatzgebietes der deutschösterreichischen Industrie in den anderssprachigen Gebieten der Monarchie mit reichsdeutschen Absatzgebieten richten. Industrie und Handel wollen ihren gegenwärtigen inländischen Absatzmarkt und ihre gegenwärtigen Produktionsbedingungen nach Möglichkeit beibehalten. Zwar wissen sie, daß das Absatzgebiet des Deutschen Reiches viel größer und reicher ist, als das der alten Monarchie war, und daß gegenüber der Wahrscheinlichkeit einer wenigstens teilweisen Verkleinerung dieses Gebietes um Galizien, Bukowina und Siebenbürgen die Differenz zugunsten des Anschlusses an das Deutsche Reich noch um vieles größer würde. Aber sie wissen auch, daß in Deutschland nicht nur das Absatzgebiet größer, sondern auch die dortige Industrie viel leistungsfähiger und tüchtiger, auch mehrfach durch natürliche Bedingungen günstiger gestellt ist. Viele Industrien, nicht alle, fürchten daher die Konkurrenz der deutschen Industrie und fühlen sich nur hinter separaten Zollmauern sicher. Sie waren darum von jeher Gegner des mitteleuropäischen Gedankens, der ihnen zu dem freien Absatz in der Monarchie noch den freien Absatz in Deutschland — aber beides in offener Konkurrenz mit der deutschen Industrie — gestattet hätte, und sie fürchten sich jetzt um so mehr vor der Möglichkeit, daß der Markt bei den andern Nationen der Monarchie ihnen genommen oder wenigstens nur als Exportmarkt belassen und als Ersatz dafür ihnen nur die offene Konkurrenz auf dem Markte des Deutschen Reiches gegeben wird.

Die Furcht vor Mitteleuropa war immer ungerechtfertigt. Selbst die bestehenden Fabriken und Unternehmungen hätten aus der Vergrößerung des Wirtschaftsgebietes wahrscheinlich viel mehr Nutzen als Nachteil gezogen. Das Beispiel der ober-schlesischen Montanindustrie, die unter viel ungünstigeren Bedingungen arbeitet als die rheinisch-westfälische, lehrt, daß auch im freien Wirtschaftsgebiet die schwächere durch die stärkere Industrie nicht einfach erdrückt wird. Wie ungeheuer verschieden sind doch auch die Produktionsbedingungen unter den österreichischen Fabriken selbst! Ein Umstand, der bei der Festsetzung der Eisenrichtpreise in der letzten Zeit oftmals hervorgehoben wurde. Wichtiger aber als die Interessen der bestehenden sind die Interessen der noch ungeborenen Industrien, der Industrien, die sich infolge des Anschlusses an Deutschland entwickeln würden, die aber jetzt noch keine Fürsprecher und interessierten Parteigänger haben. Ein großes Wirtschaftsgebiet, das ist die erste und hauptsächlichste Grundlage einer entwicklungsfähigen Industrie. Es würde sich sofort zeigen, daß für eine große Reihe von Fabriken und Unternehmungen die Produktionsbedingungen in Deutschösterreich viel günstiger sind als im Deutschen Reich, und diese Unternehmungen würden dann im größten Stil für das ganze Reich und infolgedessen auch für den Weltmarkt arbeiten können. Dazu läme

der elektrifizierende Einfluß der deutschen Arbeitsmethoden und der deutschen Verwaltung.

Es ist nicht geleugnet worden, daß sich die Ubergangszeit für manche bestehende Industrie bei einer Trennung von den slavischen Nationen und dem Anschluß an Deutschland sehr schwierig gestalten kann, viel schwieriger als bei der Errichtung eines mitteleuropäischen Zollvereines, die nur eine Vergrößerung und nicht gleichzeitig auch eine Verkleinerung des Absatzgebietes mit sich gebracht hätte. Wir verweisen zum Beispiel auf die Situation der großen Exportzuckerrefinerien im deutschen Teil Böhmens, die ihren Rohzucker zum größten Teil von den tschechischen Rohzuckerfabriken erhielten und denen dieser Bezug künftig durch Zölle verweigert oder ganz abgesperrt würde; sie müßten sich ganz umorganisieren und die Rübenproduktion entweder in Deutschböhmen oder in Sachsen zu steigern suchen. Jedenfalls würde sich schon ein Heilmittel finden lassen. Das Wichtigste ist jedoch, daß Umorganisation und Umlernen ohnehin nicht zu vermeiden ist. Es bleibt ja auf keinen Fall das Wirtschaftsgebiet der Monarchie in seiner bisherigen Form bestehen. Denn so viel steht schon jetzt fest, daß die österreichischen Slawen, vor allem die Tschechen, einen wirklichen österreichischen Bundesstaat mit gemeinsamen Organen für alle gemeinsamen Interessen nach dem Muster Deutschlands, der Schweiz und der Vereinigten Staaten nicht wollen. Sie denken allenfalls an eine wirtschaftliche Gemeinschaft, die allerbestenfalls soweit ginge wie die bisherige Gemeinschaft Österreichs mit Ungarn. Wie sehr hat unsere Wirtschaft unter dieser Gemeinsamkeit gelitten! Wie weit ist unsere Entwicklung dadurch aufgehalten worden, daß in jeder zehnjährigen Ausgleichsperiode wenigstens die drei letzten Jahre die allgemeinen Produktionsgrundlagen unsicher wurden und auf alle Investitionen verzichtet werden mußte. Kein mathematisch mußte sich dadurch unser Entwicklungstempo um wenigstens 30 Prozent verlangsamen. Dazu kam noch das Bemühen Ungarns, eigene nationale Industrien durch Steuerbegünstigungen und bei Lieferungen aller Art zu bevorzugen und die fremdnationale Industrie zu schädigen. Diese Tendenz hat schon bisher die Entwicklung ganz großer Industrien verhindert; sie war auch schon bisher in Böhmen und in Galizien merkbar, aber doch nur heimlich und illegalerweise; als herrschende Tendenz in allen Nationalstaaten würde sie überall nur die Existenz kleiner oder mittelgroßer Fabriken gestatten; Stillstand und Rückschritt wären aber das sichere Los der deutschösterreichischen Industrie, wenn sie aus Furcht vor dem Unbekannten jeden Versuch ablehnen würde, den deutschen Markt zu gewinnen.

Noch eine Perspektive eröffnet sich bei einem etwaigen Anschluß an Deutschland: Wenn wir uns anschließen, ist auch kein Wirtschaftskund zwischen den Nord- und Südslawen möglich. Südslawen aber vor allem braucht ein Hinterland für seine Rüste. Es wäre demnach leicht möglich, daß sich zuerst die Südslawen wirtschaftlich an das vergrößerte Deutsche Reich anschließen, daß dann die andern Nationen des alten Österreich diesem Beispiel folgten, und daß auf diesem Wege nachträglich Mitteleuropa zustande käme. Dann hätten wir das neue und das alte Wirtschaftsgebiet, ja vielleicht mit Grenzen nach dem Osten, die man jetzt für ausgeschlossen ansehen mag.

Dr. Alfred Schöner.